

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Literaturverzeichnis	XVI
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Einführung	1
I. Abgrenzung des betroffenen Personenkreises	1
1. Gesetzliche Bezeichnungen für ehemalige Soldaten	2
2. Eingrenzung der gesetzlich verwendeten Begriffe	3
3. Der Personenkreis dieser Untersuchung	3
II. Der Reservistenstatus - Formulierung und Be- grenzung des Themas	6
1. Die arbeits- und sozialrechtliche Stel- lung der Reservisten	6
2. Der Reservistenstatus in staatsbürgerli- cher und wehrrechtlicher Hinsicht	7
I. Teil    Die militärorganisatorische Stellung der Reservisten und das sich daraus ergebende wehr- rechtliche Rechtsverhältnis	10
A. Die rechtliche Ausgestaltung der militärischen Organisationsform für Reservisten in ihrer historischen Entwicklung	10
I. Reserve, Landwehr und Landsturm bis zur Heeresreorganisation von 1860	10
1. Die Zusammensetzung der Reserveformatio- nen nach dem Wehrgesetz von 1814	10
2. Die Doppelfunktion der Landwehr	11

	Seite
3. Die reorganisierte Landwehr als Heeresreserve	12
II. Die Bedeutung des Beurlaubtenstandes und des Beurlaubtenverhältnisses bis 1945	13
1. Die Zusammensetzung der Reserveformationen nach dem Wehrgesetz von 1867	13
2. Das Rechtsinstitut der militärischen Beurlaubung als Grundlage des Beurlaubtenverhältnisses der Reservisten	14
3. Die Zusammensetzung der Reserveformationen nach dem Wehrgesetz von 1935 und Beibehaltung des Beurlaubtensystems	16
III. Die Reserve der Bundeswehr und ihr militärisches Bereitschaftsverhältnis	18
1. Die Zugehörigkeit zur Reserve nach dem Wehrpflichtgesetz von 1956	18
2. Die verwaltungsorganisatorische Eingliederung der Reservisten in die Alarm- und Personalreserve	18
3. Die Abschaffung des Beurlaubtensystems und Unterstellung der Bundeswehr-Reservisten unter die zivile Bundeswehrverwaltung	20
4. Die militärische Verfügungsbereitschaft gem. § 5a WpflG	22
B. Rechte und Pflichten der Bundeswehr-Reservisten im Reserve-Wehrpflichtverhältnis	25
I. Haupt- und Nebenpflichten nach dem Wehrpflichtgesetz	25
II. Rechte und Pflichten nach dem Soldatengesetz	26
1. Soldatengesetzliche Rechte	26
2. Soldatengesetzliche Pflichten	26
III. Die dogmatische Begründung der nachwirkenden soldatengesetzlichen Pflichten für Reservisten	27

1. Die Treupflicht als dogmatische Grundlage der Nachwirkungen des Berufssoldatenverhältnisses	28
2. Die Zweckförderungspflicht als eine dogmatische Grundlage der nachwirkenden soldatengesetzlichen Pflichten für Reservisten	29
3. Die Schutzpflicht als eine dogmatische Grundlage der nachwirkenden soldatengesetzlichen Pflichten für Reservisten	32
<b>IV. Das Reserve-Wehrpflichtverhältnis</b>	<b>34</b>
1. Das Wehrpflichtverhältnis	34
2. Das Wehrdienstverhältnis	35
3. Das Reserve-Wehrpflichtverhältnis und seine rechtliche Verwandtschaft mit dem Wehrpflichtverhältnis	36
<b>II. Teil Die Bedeutung der wehrrechtlichen Pflichten für die staatsbürgerliche Rechtsstellung der Bundeswehr-Reservisten</b>	<b>38</b>
A. Die Meinungsfreiheit der Bundeswehr-Reservisten	38
1. Abschnitt Die Einschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung bei allen Reservisten	38
I. Der Umfang der Verschwiegenheitspflicht gem. § 14 I 1 SG im Reserve-Wehrpflichtverhältnis	38
II. Die Beschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit durch § 14 I 1 SG im Reserve-Wehrpflichtverhältnis	40
1. Die Bedeutung von Art. 17a I GG für die Meinungsäußerungsfreiheit der Reservisten	40

	Seite
2. Art. 5 II GG als Schrankenvorbehalt im Reserve-Wehrpflichtverhältnis	42
3. Vereinbarkeit von § 14 I 1 SG mit Art. 5 II GG	46
III. Die Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht durch § 14 I 2, II und IV SG	48
1. Die Auslegung des § 14 II SG	48
2. Die Bedeutung des § 14 IV SG im Reserve-Wehrpflichtverhältnis	51
2. Abschnitt Die Einschränkung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung bei Offizieren und Unteroffizieren der Reserve	54
I. Die Rechtsstellung der Offiziere und Unteroffiziere der Reserve	54
1. Der Reserveoffizier als Ehrenbeamter im Staatsrecht der konstitutionellen Monarchie	54
2. Die Gleichstellung von aktivem Offizier und Reserveoffizier bis 1945	57
3. Die Rechtsstellung der Reserveoffiziere und Reserveunteroffiziere der Bundeswehr	59
4. Die Unzulässigkeit einer nachträglichen Aufgabe dieser Rechtsstellung durch Verzicht auf den Dienstgrad	62
II. Das Verbot der Betätigung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gem. § 23 II Nr. 2 1. Alt. SG im Reserve-Wehrpflichtverhältnis	68
1. Die politische Treupflicht "beurlaubter" Soldaten in historischer Sicht	68
2. Die wehrrechtliche Entpolitisierung der Reservisten durch das Soldatengesetz	73

3. Die Verfassungstreupflicht der Offiziere und Unteroffiziere der Reserve gem. § 23 II Nr. 2 1. Alt. SG	79
III. Die Pflicht zu achtungswürdigem Verhalten gem. § 17 III SG im Reserve-Wehrpflichtverhältnis	83
1. Die Abgrenzung des § 17 III SG von der Verpflichtung zu achtungswürdigem Verhalten außer Dienst gem. § 17 II 2 SG	83
2. Die restriktive Auslegung des § 17 III SG	85
3. Die Beschränkung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit durch § 17 III iVm § 23 II Nr. 2 1. Alt. SG	88
4. Die Kritik an der Güterabwägung des I. Wehrdienstsenats zwischen dem Schutzzug des § 23 II Nr. 2 SG "Erhaltung eines Korps von achtungs- und vertrauenswürdigen Reserveoffizieren und -unteroffizieren" und der Meinungsfreiheit	89
5. Die Grenzziehung zwischen § 17 III iVm § 23 II Nr. 2 2. Alt. einerseits und § 23 II Nr. 2 1. Alt. SG andererseits im Hinblick auf die Meinungsfreiheit der Reservisten	91
6. Das Verbot einer mißbräuchlichen Werbung für den Gedanken der Kriegsdienstverweigerung als Sonderfall des § 17 III SG	92
7. Das Verbot der "Flucht in die Öffentlichkeit" als Sonderfall des § 17 III SG und unter besonderer Berücksichtigung des Beschwerderechts der Reservisten	95
B. Die Freizügigkeit der Bundeswehr-Reservisten	103
I. Die Bedeutung der Wehrüberwachung für die Freizügigkeit der Reservisten	103
1. Kontrollregelungen nach früherem Militärrecht	103

	Seite
2. Wehrüberwachungspflichten nach dem Wehrpflichtgesetz	105
II. Die Freizügigkeit der Reservisten innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes	108
1. Aufenthaltswechsel innerhalb der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme von Berlin	108
2. Der Berlin-Aufenthalt	108
III. Die Ausreisefreiheit der Reservisten	109
1. Schutz des Ausreise- und Auswanderungsrechts durch Art. 11 I GG	109
2. Die Genehmigungspflicht des § 3 II WpflG als Grundrechtsbeschränkung iSd Art. 17a II GG	110
3. Die Ausreisefreiheit während der Verfügbereitschaft	114
 C. Der Eigentumsschutz der Bundeswehr-Reservisten	 118
I. Die Pflicht zur Herausgabe dienstlicher Schriftstücke und privater Aufzeichnungen dienstlicher Art gem. § 14 III 1 SG	118
1. Der Umfang der Herausgabepflicht	118
2. Die Durchsetzung des öffentlich-rechtlichen Herausgabeanspruchs	119
II. Die Entschädigungspflicht bei Enteignung privater Aufzeichnungen	121
1. Der Meinungsstand	121
2. Die Unvereinbarkeit des § 14 III 1 2. Alt. SG mit Art. 14 III 2 GG	122
 D. Die allgemeine Handlungsfreiheit der Bundeswehr-Reservisten	 125

I.	Die Pflicht zur Übernahme und Aufbewahrung von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen gem. § 3 I 2 iVm § 24 VI Nr. 4 WpflG	125
1.	Das öffentlich-rechtliche Verwahrungsverhältnis zwischen dem Reservisten und der Bundeswehrverwaltung	125
2.	Der Umfang der Verwahrungspflicht im Hinblick auf die allgemeine Handlungsfreiheit	127
3.	Die Haftung der Reservisten für Beschädigung und Verlust von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen	131
II.	Das Verbot der Annahme von Belohnungen gem. § 19 Satz 1 SG	137
1.	Der Umfang und die Bedeutung der Pflichtenregelung für Reservisten	137
2.	Die Beschränkung des Grundrechts der allgemeinen Handlungsfreiheit durch § 19 Satz 1 SG	138
III.	Teil Politische und soziologische Aspekte der staatsbürgerlichen Stellung der Bundeswehr-Reservisten	142
A.	Die rechtspolitische Vorstellung von einem staatsbürgerlichen Sonderstatus der gedienten wehrpflichtigen Soldaten durch Erweiterung ihrer staatsbürgerlichen Rechte	142
I.	Entwicklung und Begründung der Auffassungen vom privilegierten Wahlrecht für Reservisten	142
1.	Die politische Forderung nach einer Abhängigkeit des Wahlrechts von der Erfüllung der Wehrpflicht	142

	Seite
2. Die grundsätzliche Aktualität der Problematik	144
3. Das Verhältnis der Wehrpflicht zum Wahlrecht	144
II. Die Unvereinbarkeit dieser Vorstellungen mit Grundsätzen der geltenden Verfassungs- und Wehrordnung	147
1. Verstoß gegen den Grundsatz des allgemeinen und gleichen Wahlrechts	147
2. Unvereinbarkeit mit dem Leitbild vom "Staatsbürger in Uniform"	150
B. Die latente Doppelrolle der Reservisten als Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft und Streitkräften	151
I. Die "militärische Rolle" der Reservisten	151
II. Die "zivilgesellschaftliche Rolle" der Reservisten	153
IV. Teil Die Wehrdisziplinargerichtsbarkeit im Reserve-Wehrpflichtverhältnis	154
A. Zulässigkeit von Disziplinarverfahren gegen Bundeswehr-Reservisten	154
I. Die disziplinarrechtliche Stellung der Angehörigen des früheren Beurlaubtenstandes	154
II. Disziplinarrecht als verwaltungsinternes Ordnungsrecht	155
1. Zweck des Wehrdisziplinarrechts	156
2. Disziplinar- und Ordnungswidrigkeitenrecht gegen interne und externe Funktionsstörungen der Verwaltung	157

	Seite
<b>III. Das Disziplinarverfahren gegen Reservisten</b>	<b>158</b>
1. Disziplinarverfahren gegen Reservisten wegen Dienstvergehen	158
2. Disziplinargerichtliche Gleichbehandlung von Dienstvergehen und Quasi-Dienstvergehen	160
<b>B. Zulässigkeit von wehrdienstgerichtlichen Disziplinarmaßnahmen gegen Bundeswehr-Reservisten</b>	<b>161</b>
I. Der disziplinarrechtliche Zweck im Reserve-Wehrpflichtverhältnis	161
1. Schutz der Integrität von Angehörigen der Streitkräfte	161
2. Zulässigkeit von Reinhaltungsmaßnahmen	162
II. Die Dienstgradherabsetzung als Disziplinarmaßnahme gegen Reservisten	163
1. Die Dienstgradherabsetzung bei Reservisten	163
2. Zweck der Dienstgradherabsetzung	166
3. Die verfahrensrechtliche Stellung des Reservisten im Wehrdisziplinargerichtsverfahren	168
<b>III. Abgrenzung des Disziplinarrechts vom Ordnungswidrigkeitenrecht im Reserve-Wehrpflichtverhältnis</b>	<b>169</b>
1. Das Ordnungswidrigkeitenrecht als Sanktionsmittel zum Schutz der Wiedereinbürgerung von Reservisten	170
2. Das Disziplinarrecht als Sanktionsmittel zum Schutz der Wiederverwendung von Reservisten	171